

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BRANDHERD IRAN

Die Welle blutiger Unruhen, die seit bald einem Jahr über Iran hinweggeht, ist mehr als nur eine augenblickliche nationale oder soziale Krise. Es ist der Ausbruch von *Emotionen*, die aus tieferen seelischen Schichten herrühren als die im politischen Kampf üblichen Streitfragen. Hier revoltiert eine Gesellschaftsordnung, die in den letzten Jahren überrannt zu werden drohte durch eine von aussen importierte Zivilisation. Unter dieser Perspektive steht Iran heute als Beispiel und Symbol für viele Probleme, die sich ähnlich in den rohstoffreichen Ländern der Dritten Welt stellen.

Dass sich die Gegensätze im Herrschaftsbereich des Schahs plötzlich so scharf zu akzentuieren beginnen, hat seinen Ursprung vor allem im Ehrgeiz des Herrschers, der den *Boom*, der vor ein paar Jahren Iran einen ungeahnten Auftrieb zu geben schien, ausnützen wollte, seinen Staat zu einem der mächtigsten Industrieländer der Welt zu machen, mit dem entsprechenden politischen Gewicht. Man erinnert sich, wie vor noch nicht allzu langer Zeit, angesichts der Milliardensummen an *Ölgeldern*, die nach Iran hineinflossen, vom alten Reich der Perser als einer der kommenden grossen Mächte im Mittleren Osten gesprochen wurde, ausgerüstet mit einem effizienten militärtechnischen Apparat und modernsten Waffen – vornehmlich aus den USA –, welche das Land zu einem entscheidenden Faktor im Kräftespiel dieser strate-

gisch wie wirtschaftlich gleich wichtigen Region machen würden. Der Schah bemühte sich, in einer Art *aufgeklärtem Absolutismus* auf dem Wege von sozialen «Reformen» und politischer «Liberalisierung» diese Entwicklung gleicherweise voranzutreiben wie abzusichern.

Dieser Versuch, das steht heute schon so gut wie fest, ist gescheitert. Das fremde Geld, das in so reichlicher Masse ins Land floss, hat nicht über eine breite Streuung zu weit verteilter Vermögensbildung und sozialer Sicherheit geführt. Im Gegenteil: Die Wirtschaftskonjunktur hat in Iran zwar Wenigen viel beschert, den Meisten aber nur wenig. Diese bekamen vor allem die *Schattenseiten* zu spüren. Die Überhitzung der Wirtschaft führte zu einer Inflation, die wiederum die Armen am härtesten traf; die Gegensätze im sozialen Bereich vertieften sich.

Die *Reaktion* war ebenso überraschend wie typisch. Nicht der Ruf nach Umsturz und revolutionärer Neuerung ertönte, sondern nach Selbstbesinnung und Rückkehr zu den guten alten Bräuchen der Väter und Vorväter. Die alte, formal nicht ausser Kraft gesetzte Verfassung von 1906 wurde angerufen; anderseits der westlichen Zivilisation und ihren fragwürdigen Errungenschaften der Kampf angesagt. An die Spitze der Auseinandersetzung mit dem Modernismus des Schahs setzte sich die *Geistlichkeit*, welche die islamischen

Traditionen beschwor und an dem seit Jahren des Landes verwiesenen *Ayatollah Khomeiny*, der aus Irak nach Paris übersiedelte, einen Sprecher fand, dessen Stimme mehr und mehr auch in der westlichen Welt gehört wurde.

Der Aufstand der *Mullahs*, der nun gegen das Regime des Schahs anbrandet, bedroht freilich nicht nur eine Herrschaft, die sich mehr und mehr nur noch mit *Geheimpolizei* und schliesslich mit Hilfe der *Armee* am Ruder hielt. Die Welle des Protestes unterspült auch einen bisher als einigermaßen stabil beurteilten Eckpfeiler des Gefüges im Nahen Osten. Auch wenn es im Augenblick aussieht, als ob die Sowjetunion, ähnlich wie die USA, ein vorrangiges Interesse daran haben müsste, es in Iran zu keiner Verschärfung kommen zu

lassen, so könnte sich doch hier rasch eine Konfrontation der Supermächte anbahnen und damit ein neuer Krisenherd in einer Gegend entstehen, die durch den israelisch-arabischen Konflikt ohnehin schon genug in permanentem Aufruhr ist.

Die Unruhen in Persien erhalten, je länger sie andauern, weit über den engeren Bereich hinaus wirkende Proportionen. In ihnen manifestiert sich das *Unbehagen* einer aus ihrem alten Gefüge herausgerissenen, mit einer fremden Zivilisation konfrontierten Kultur; aber der so angehäuften Zündstoff könnte, sollte es zu einer Explosion kommen, unabsehbare Schäden anrichten, deren mögliche Konsequenzen keineswegs im Sinne jener wären, welche heute in Iran den Brand schüren.

Alfred Cattani

VON EINER FINANZPOLITISCHEN SACKGASSE IN DIE ANDERE?

Zwei Jahre sind es her, seit sich die Führungsgremien der eidgenössischen Politik damit zu beschäftigen begannen, die Bundesfinanzreform auf ein definitives Gleis zu stellen. Mitte 1977 lehnte das Volk dann eine Vorlage ab, die als ausgewogen galt und nicht nur den Wechsel zur Mehrwertsteuer, sondern auch eine mittelfristige Sanierung des Bundeshaushalts sichergestellt hätte. Widerstand gegen den Systemwechsel als solcher – die Coiffeure zum Beispiel hatten als Winkelriede gegen die neue Steuer ihre politische Sternstunde –, aber auch Vorbehalte gegen den als hoch empfundenen Steuersatz von 10 Prozent waren die Hauptursachen eines Neins, das die

eidgenössische Finanzpolitik in der Folge in eine Sackgasse führte, deren Tragweite zunächst unterschätzt wurde. Sonst hätte sich nämlich im Laufe des Herbstes 1977 nicht ein Konsens darüber herausgebildet, noch vor den eidgenössischen Wahlen die Neuaufgabe einer – moderierten – Finanzreform zu riskieren, etwa in dem Sinne, dass der Systemwechsel in den Vordergrund gerückt und die Sanierungsphase entsprechend gestreckt werde; zur Diskussion stand ein reduzierter Mehrwertsteuersatz von 7 oder 8 Prozent.

Man weiss, wann das eigentliche Drama einsetzte: Nach speditiver Erledigung der «Bundesfinanzreform

1978» im Ständerat gerieten die parlamentarischen Vorarbeiten im Nationalrat schon in der Kommission auf die schiefe Ebene, indem die Sozialdemokraten auf Kollisionskurs gingen und damit ein Wettrennen auf «Ergänzungsberichte» auslösten. Die Folge waren zunächst Verzögerungen, die schliesslich eine Volksabstimmung noch 1978 verhinderten. Darüber hinaus wurde das Paket zusehends linkslastig, weil in der Volksskammer versucht wurde, die Sozialdemokraten trotz allem bei der Stange zu halten. In einer Sondersession vom Oktober riss dann der Ständerat das Steuer wieder einigermassen herum. Und der Nationalrat schwenkte, allerdings ohne Sozialisten, ein, wobei offensichtlich war, dass die von der Linken mit grossem Nachdruck geforderte «Bankensteuerung» auch in bürgerlichen Kreisen ihre mehr oder weniger offenen Sympathisanten hat. Es wäre jedenfalls unrealistisch, wollte man die inzwischen zustande gekommene Motion, die den Bundesrat zur erneuten Prüfung der Frage bis Ende 1979 zwingen soll, als rein taktische Bewegung der bürgerlichen Parteien abtun.

Wenn praktisch bis zur Schlussabstimmung am letzten Tag der Wintersession trotz dem bürgerlichen Konsens alles offen zu bleiben schien, dann deshalb, weil die Erfolgchance des Pakets in einem Urnengang unmittelbar vor den Wahlen allgemein als skeptisch beurteilt wird. Einerseits bleibt es beim Widerstand eines Teils des Gewerbes sowie des Landesrings, andererseits ist nun die Sozialdemokratie im Gegensatz zu 1977 wohl definitiv in der Opposition, und schliesslich überlegen sich viele bürgerliche Politiker, dass dieses «bürgerliche Paket» in

der Sache einen Kompromiss mit der Linken darstelle, der nun von den bürgerlichen Parteien allein «durchgezogen» werden müsse. Wenn sich schliesslich nach Phasen der Desorientierung doch noch eine «klare Linie» im Sinne der endgültigen Verabschiedung der «Bundesfinanzreform 1978» ergab, so kommt dies einer «Flucht nach vorne» verzweifelt nahe.

Die bürgerlichen Parteien sahen sich vor die Wahl zwischen mehreren Übeln gestellt. Sollten sie das Paket einfrieren oder ganz scheitern lassen, um kurz vor den Wahlen definitiv als handlungsunfähig gebrandmarkt zu werden? Oder sollten sie das Risiko einer Volksabstimmung im Mai 1979 eingehen, mit der Aussicht, am Volkswillen zu scheitern und dabei nicht nur einen neuen finanzpolitischen Scherbenhaufen ersten Ranges zu produzieren, sondern dazu noch der Linken zu einem billigen «Sieg» zu verhelfen? Der nun getroffene Entscheid ist sicherlich nicht nur taktisch bedingt. Er ist vielmehr durch die Einsicht mitbestimmt, dass man, Wahlen hin oder her, der Verantwortung nicht davonlaufen könne. Und diese Verantwortung schloss die Erkenntnis mit ein, dass eine allfällige Verschiebung des Geschäfts bis nach den Wahlen ihre ganz grossen Tücken haben könnte. Denn zu jenem Zeitpunkt würde es naheliegen, die Basis wieder zu verbreitern und die Sozialdemokraten erneut einzubeziehen. Und das wäre wohl nur möglich mittels weiterer Konzessionen bei einem Paket, das ohnehin schon sehr «sozial» ist.

Nun, der Entscheid ist gefallen. Es gilt jetzt das Beste daraus zu machen. Die bürgerlichen Parteien jedenfalls müssen nach dem A auch B sagen; sie

haben die Pflicht, im kommenden Frühjahr für ein paar Wochen den Wahlkampf Wahlkampf sein zu lassen, unter sich den Schulterchluss zu suchen und alle Kräfte auf die Kampagne für das Finanzpaket zu konzentrieren. Nur dann wird es möglich

sein, die Glaubwürdigkeit an ihre finanzpolitische Führungsrolle wiederherzustellen. Und das wiederum ist eine entscheidende Voraussetzung, um in der Sache überhaupt zu einer Lösung zu kommen.

Richard Reich

RÜCK- UND AUSBLICK

1978 wird zweifellos als ein Jahr in die Annalen eingehen, das durch erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen gekennzeichnet war. Die heftigen Bewegungen an der Währungsfront, vor allem jene zu Beginn der Herbstmonate, haben das Stimmungsbarometer zeitweise unter Null gedrückt. Entsprechend verdüsterten sich auch die Erwartungen. Nach dem Währungsgewitter folgte, verursacht durch die «Rettungsaktion» der Amerikaner, wieder eine leichte Aufhellung. Der Schweizerfranken schwächte sich spürbar ab. Trotzdem wäre es verfrüht, bereits von einer Rückkehr des Vertrauens in die Währungsstabilität zu sprechen. Ein erheblicher «Rest» an *Unsicherheit* ist geblieben – ganz abgesehen davon, dass die Konsequenzen des Einbruchs noch keineswegs «verdaut» sind. Die Arbeitslosenzahlen sind, wenn auch keineswegs dramatisch, im Steigen begriffen. Die negative Beschäftigungswirkung dürfte noch weitergehen.

Das zu Ende gegangene Jahr hat einmal mehr gelehrt, dass kurzfristige Wechselkursschwankungen unberechenbar sind. Diese Erfahrung wird vorläufig noch von einiger Wir-

kung bleiben. Und dies vor allem deshalb, weil nur wenig Hoffnung besteht, die absehbaren aussenwirtschaftlichen Impulse könnten, wie das in der Vergangenheit der Fall war, genügend kräftig ausfallen, um die Wirtschaft *insgesamt* wieder in einen konjunkturellen Aufwind zu ziehen. Die Binnenwirtschaft allein vermag das Wunder einer dosierten Expansion wohl kaum zu schaffen, weil der erhöhten Nachfrage nach Bauleistungen eine Nachfragedämpfung nach Konsumgütern gegenübersteht.

Im Blick auf diese Grundkonstellation liegt die Vermutung nahe, dass auch der *Restrukturierungsprozess* noch keineswegs ausgestanden ist. Es gibt weiterhin eine Reihe von Grenzbetrieben, die mit dem Rücken gegen die Wand kämpfen, die eine unzureichende Ertragslage aufweisen und zufolge der geschmolzenen Reserven keine lange Durststrecke mehr durchzuhalten vermögen.

Trotzdem wäre es natürlich falsch, mit rabenschwarzem Pessimismus ins neue Jahr zu blicken. Es sind auch einige positive Faktoren zu registrieren. In diesem Zusammenhang wäre etwa darauf hinzuweisen, dass die Stabilität des Binnenwertes des Fran-

kens für eine ruhige Lage an der Lohnfront sorgt; die Lohnstückkosten verharren deshalb im internationalen Vergleich am untern Ende der Skala. Die Wettbewerbskraft der Exportindustrie sollte davon ebenso profitieren wie von den tiefen Zinssätzen und den nach wie vor günstigen Importmöglichkeiten.

Und endlich hat man sich auch stets daran zu erinnern, dass sich die

Schweiz trotz der Schwierigkeiten, vor die sie sich gestellt sieht, in einer gesamtwirtschaftlichen Lage befindet, um die sie von praktisch allen andern Industriestaaten beneidet wird. Es ist ihr, mit andern Worten, gelungen, die rezessiven Wirkungen in Grenzen zu halten. Und es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich dies 1979 ändern könnte.

Willy Linder

Anti-Stress Ferien

Für überforderte Manager und übermüdete Hausfrauen. Ruhe und Erholung inmitten eines der grössten Privatparks der Schweiz. Wandermöglichkeiten inmitten der herrlichen Bergwelt des Bündner-Oberlandes in idealer Höhe (1150 m über Meer).



Geheiztes Schwimmbad und Hallenbad, Solarium, Sauna, Massagen. Kulinarische Abwechslung mit Barbecue im Schwimmbad, kalten Buffets, Fondue Parties, Gala Dinners, in der Trattoria oder am Chadafö Grill (auch Diätküche).

Verlangen Sie unser Sonderangebot!

Tel. 081391181, Telex 74125
7018 Flims

 Park Hotel Waldhaus
Die Oase zeitgemässer Hotelkultur *Flims*